



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 16. Juni 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 18. Juni 2015

an Herrn Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Verkehrsaufkommen durch Neubauprojekt am Grillweg

Vor einigen Tagen überschlug sich die *Kleine Zeitung* mit Superlativen. Die private Investorengruppe *Immovate* plant ab 2016, zum selben Zeitpunkt, an dem der alte Autobahnverteilerkreis Webling rückgebaut wird, eine Großinvestition. Ziel ist es, auf dem Areal des ehemaligen *Euroshopping*-Centers am Grillweg 400 Wohnungen für etwa 1.000 Menschen zu errichten.

Dass für die Mobilität der dorthin ziehenden Menschen gesorgt werden muss, ist klar. Schon jetzt ist die Linie 32 in den Stoßzeiten zum Bersten voll. Die Buslinie 65 (früher 64) von Wetzelsdorf zur Nahverkehrsdrehscheibe in Puntigam hat konstant hohe Fahrgastzahlen, verkehrt aber nur eingeschränkt. (Montag bis Freitag: letzter durchgehender Bus: 19:58 Uhr bzw. 19:54 Uhr, Samstag: letzter durchgehender Bus: 18:33 Uhr bzw. 18:38 Uhr, Sonntag: kein Linienverkehr.)

Der Pendlerverkehr verleiht diesem Teil von Graz zusätzliche Brisanz.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Welche Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs wären nötig und umsetzbar, um das zu erwartende Verkehrsaufkommen zu bewältigen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Dienstag, 16. Juni 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 18. Juni 2015

an Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI. Dr. Gerhard Rüsich

Betrifft: Ausschreibung der Bestellung der/des Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Graz und deren/dessen StellvertreterIn auf Basis eines freien Dienstvertrags

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

nach dem Gleichbehandlungsgesetz des Landes Steiermark gibt es in der Stadt Graz seit 2001 eine **Gleichbehandlungsbeauftragte**, die für die Bediensteten der Stadt und nach dem Gleichbehandlungsgebot auch für die Grazer Bevölkerung Ansprechpartnerin in Sachen Gleichbehandlung ist. Die Gleichbehandlungsbeauftragte befasst sich somit mit der Förderung und Durchsetzung der Gleichberechtigung und Gleichstellung aller MitarbeiterInnen. Die Aufgaben umfassen die Gleichbehandlung in Bezug auf Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung.

Aufgrund des Steiermärkischen Landes-Gleichbehandlungsgesetzes L-GBG, LGBl 66/2004 idF LGBl 130/2014 hat die Stadt Graz jetzt für die Dauer von 5 Jahren eine/n Gleichbehandlungsbeauftragte/n und deren/dessen StellvertreterIn für die Erfüllung der in diesem Gesetz geregelten Aufgaben ausgeschrieben.

Diese rechtliche Vorgabe in Form einer Ausschreibung wurde somit fristgerecht umgesetzt. Verwunderlich stimmt jedoch die Tatsache, dass diese wichtige Funktion auf Basis eines freien Dienstvertrages vorgesehen ist. Das bedeutet eine rechtliche Schlechterstellung im Vergleich zu Bediensteten innerhalb des Magistrats, vor allem auch deshalb, weil eine sofortige Kündigung möglich ist.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Warum wurde der Funktion einer/eines Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Graz und deren/dessen StellvertreterIn so wenig Stellenwert beigemessen, indem sie auf Basis eines freien Dienstvertrags ausgeschrieben wurde und entspricht diese Vorgangsweise auch der gesetzlichen Grundlage?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Gemeinderatsitzung am 18. Juni 2015

Anfrage

an Herrn Bürgermeister **Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: Wartehäuschen am Busbahnhof Europaplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach mehreren Hinweisen von Busreisenden, die zu wenige überdachte Wartebänke am Busbahnhof am Europaplatz vor der Post beklagen, habe ich mir die Situation selber angesehen, um feststellen zu müssen, dass dort tatsächlich mehrere Wartehäuschen mit Bänken fehlen, zumindest aber sechs zusätzliche Wartebänke.

Gegenwärtig sind die zwei parallel geführten Busspuren mit je einem Wartehäuschen und je einer Zusatzbank versehen. Jede Busspur hätte allerdings dreimal so viele Wartebänke plus Überdachung notwendig!

Eine gute Ausrüstung an Sitzgelegenheit über die ganze Länge der Busspur wäre durchaus angebracht. Die freien Plätze dafür sind deutlich gegeben.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich gegenüber den ÖBB dafür einzusetzen, dass bei den beiden Spuren am Busbahnhof am Europaplatz vor dem Eingang der Post Wartebänke aufgestellt werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 18. Juni 2015

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Neophyten an Grazer Gewässern bekämpfen

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,

Entlang vieler Grazer Bäche und der Mur ist zu beobachten, dass sich auch heuer wieder Neophyten ausbreiten. Heimische Pflanzen werden überwuchert und verdrängt. Vor allem der Japanische Knollenknöterich, die Goldrute, die Ambrosia, das drüsige Springkraut und der Götterbaum überwuchern den Lebensraum vieler heimischer Pflanzen. Das führt dazu, dass die heimische Biodiversität und das Ökosystem gestört werden. Verlust von Artenvielfalt ist die Folge. Durch Entzug von Licht, werden beispielsweise bodendeckende heimische Pflanzen vertrieben.

Ein Aktionstag, wie er am 4. Juli von der Steirischen Landesregierung und der Steirischen Berg- und Naturwacht durchgeführt wird, ist zwar sinnvoll, dennoch reicht dies nicht aus. Durch die Vermehrung von Neophyten an Flussböschungen kommt es einerseits zu Ausspülungen, andererseits sind viele der invasiven Pflanzen mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Ambrosia beispielsweise kann während der Blütezeit Allergien der Augen und Atemwege, bei direktem Kontakt auch Hautirritationen auslösen. Der Riesenbärenklau kann bei Berührung und Sonneneinstrahlung zu Ausschlägen mit Blasenbildung führen (ähnlich einer Verbrennung).

Nicht bei jedem Neophyten reicht es aus, die Pflanze vor der Blüte auszureißen. Beim Knöterich ist beispielsweise eine regelmäßige Mahd mindestens 6-8 Mal im Jahr durchzuführen, ebenso ist mehrfache Mahd bei Ambrosia notwendig. Beim Riesenbärenklau und Knöterich sollte zusätzlich das Wurzelwerk ausgegraben werden. Informationen erhalten die Grazer Bürger_innen allerdings nur nach konkreter Suche nach dem Begriff „Neophyten“ auf der Homepage der Stadt Graz, und naturschutznahen Organisationen, was eine Problemeinsicht jedoch schon voraussetzt.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie dazu bereit, sich mit allen infrage kommenden Stellen von Magistrat, Holding und darüber hinaus in Verbindung zu setzen, um ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen die Ausbreitung der Neophyten in Graz zu schnüren?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

Gemeinderatsitzung, 18. Juni 2015

Antrag

Betrifft: Errichtung einer Hundewiese bei den Bründlteichen

Das Naherholungsgebiet rund um die Bründlteiche und um die Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof wird täglich von sehr vielen Menschen besucht – so auch von zahlreichen HundebesitzerInnen, die ihren vierbeinigen Lieblingen hier freien Lauf lassen.

Nicht immer sind die Begegnungen mit Hund und Herrl oder Frauerl frei von Problemen: Die Leinenpflicht wird auf den Wegen von Alt-Grottenhof vielfach missachtet, und die Hunde verrichten ihr Geschäft mitten in den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Informationstafeln, welche die Schule errichtet hat, werden ignoriert und die Hunde erst recht querfeldein gejagt. Eltern mit kleinen Kindern sind oftmals sehr verunsichert oder meiden überhaupt das Naherholungsgebiet.

Bei Gesprächen mit HundebesitzerInnen wird man immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass eine gekennzeichnete Hundewiese in diesem Naherholungsgebiet wünschenswert wäre. Das Anliegen wurde bereits in der Vergangenheit bei Bezirksversammlungen angesprochen und eingefordert.

Nachdem in den nächsten Jahren gerade im Einzugsbereich dieses Naherholungsgebietes sehr viele Wohnungen bezogen werden und auch mit mehr Vierbeinern zu rechnen ist, wäre die Errichtung einer Hundewiese dringend notwendig.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden beauftragt, die Möglichkeit der Errichtung einer Hundewiese bei den Bründlteichen im Bereich der Schiwiese und des Rückhaltebeckens zu prüfen und so schnell wie möglich einzurichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 18. Juli 2015

Antrag

Betrifft: Bessere Kennzeichnung der Straßenbahnen

Viele Straßenbahnen in Graz lassen eine klare Linienbezeichnung an ihrer Längsseite vermissen. Das führt häufig zu Verwechslungen, Hektik und Ärgernissen bei den Fahrgästen. Eine deutlichere Kennzeichnung wäre zu begrüßen. In Kontakt mit den entsprechenden Stellen wurden nach meinem ersten Antrag 2013 Adaptierungen versprochen, doch ist bis heute aus der Sicht vieler Fahrgäste eine geglückte Umsetzung noch nicht gelungen.

Althergebrachte Tafeln könnten dieses Problem sofort lösen, denn elektronische Adaptierungen brauchen meist länger. Den Straßenbahnkunden wäre damit raschest geholfen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien, ihre Straßenbahnen längsseitig mit deutlicheren Linienbezeichnungen auszustatten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Gemeinderatsitzung am 18. Juni 2015

Antrag

Betrifft: Glühbirnen-Abbildung auf den Müllwagen der Holding Graz Services

Die Glühbirne ist durch eine EU-Richtlinie aus den Regalen der Kaufhäuser verschwunden, sie ist auch immer weniger in Verwendung und wurde schon weitgehend durch Halogenlampen ersetzt. Das Recycling dieser Lampen ist derzeit wirtschaftlich unrentabel.

Entsorgt werden sie leider vorwiegend im Hausmüll. In Deutschland landen lediglich beunruhigende zehn Prozent der Gasentladungslampen in den entsprechenden Sammelstellen. Dabei sind sie hochgiftig.

Leider tragen auch die Holding Graz Services zur nicht fachgerechten Entsorgung bei. Auf der Homepage, den Mülltonnen, ihren Müllwägen usw. gibt es Abbildungen, die darstellen, was in den Restmüll gehört. Auf diesen finden sich auch Glühbirnen. Nun ist es zwar richtig, dass diese in den Restmüll – und nicht etwa zum Altglas – gehören, die Darstellung verstärkt jedoch ein Missverständnis, und viele der hochgiftigen Leuchtkörper landen deshalb im Hausmüll. Selbst auf der Homepage sind die „Energiesparlampen“ nicht unter dem Punkt „*Was gehört nicht in den Restmüll*“ angeführt. (<http://www.holding-graz.at/abfall/kundinnenservice/restmuell.html>)

daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Das Umweltamt der Stadt Graz und die Holding Graz Services werden ersucht, eine unmissverständliche Darstellung dessen, welche Leuchtkörper in den Restmüll gehören – und welche nicht! –, zu entwickeln.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 18. Juni 2015

Betrifft: RadfahrerInnen-Übergang Jahngasse

Antrag

Unmittelbar neben dem Zebrastreifen, der FußgängerInnen sicher über die neben dem Grazer Stadtpark verlaufende Jahngasse bringt, befindet sich dort auch die Überfahrt für RadfahrerInnen, die – im Gegensatz zum Zebrastreifen – jedoch mit einer „Vorrang geben“-Tafel versehen ist.

Für viele RadfahrerInnen scheint die Situation, dass die in die Jahnstraße einbiegenden Autos zwar für FußgängerInnen, nicht aber für RadfahrerInnen stehen bleiben müssen, derart verwirrend zu sein, dass es mehrmals täglich zu brenzlichen Situationen kommt, die die Gesundheit oder gar das Leben von VerkehrsteilnehmerInnen gefährden.

Um diese Gefahrenquelle im städtischen Verkehr zu beseitigen, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz prüfen, ob eine Lösung, die den RadfahrerInnen an diesem Übergang Vorrang einräumt, möglich und sinnvoll ist sowie dass eine solche Lösung im Interesse der Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen umgesetzt wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Juli 2015

Antrag

Betrifft: Verkehrsentlastung im Ortskern von Straßgang

Zahlreiche Bebauungsprojekte entlang der Straßganger Straße und der Kärntner Straße führten bereits zum eklatanten Anstieg des Individualverkehrs durch den schönen Ortskern von Straßgang, auch das geplante Großprojekt am Grillweg wird da einiges dazu beitragen. Auch die Zunahme des Pendler- sowie des Schwerverkehrs tragen einiges zur Lärm- und Staubbelastung bei.

In der Verkehrsfrage fehlen rund um das Ortszentrum von Straßgang jedoch noch immer mutige Planungsvorschläge und deren Verwirklichung, wie die Umfahrung des Straßganger Ortskerns, ein Direktanschluss der Straßganger Straße an die A9 sowie eine Unterführung der Kärntner Straße beim Bahnübergang der GKB.

Darüber hinaus wird nun auch noch die Deponie am Steinberg von der Bauschutt-Aufbereitungsanlage in Seiersberg über die Straßganger Straße beliefert, was eine zusätzliche Belastung mit enormen Aufkommen an Schwerverkehr zur Folge hat.

Mit der Neugestaltung des Weblinger Stumpfes muss die Gelegenheit gleich am Schopfe gepackt werden, um eine moderne, innovative und zukunftsorientierte Verkehrslösung für den Bezirk herbeizuführen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates und der Herr Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht, zu prüfen, ob rasch in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Verkehrslandesrat ein Konzept zur Umsetzung einer Verkehrslösung für den Bezirk Straßgang herbeigeführt werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Donnerstag, 18. Juni 2015

Antrag

Betrifft: Errichtung eines Kinderspielplatzes mit Spielgeräten für die Übergangwohnheime in der Starhembergasse 17 und 19 und Laudongasse 18 und 20

In der UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 31 heißt es „Kinder haben ein Recht auf Ruhe und Freizeit, Spiel, Erholung und Kultur“.

Auf der Grünfläche hinter den Übergangwohnheimen in der Starhembergasse 17 und 19 und in der Laudongasse 18 und 20 gibt es leider keinen Spielplatz. Da jedoch in diesen vom Sozialamt der Stadt Graz bereitgestellten Wohnungen vor allem Familien mit Kindern leben, ist gerade dort der Bedarf nach Spielmöglichkeiten für die Kinder im Freien besonders hoch. Es ist nachweisbar, dass Kinder neben Zeit und Zuwendung durch ihre Bezugspersonen vor allem auch einen öffentlichen Raum zum Spielen brauchen. Dadurch können sie die Welt entdecken und ihre Fähigkeiten im sozialen Umgang mit anderen Kindern entwickeln und verbessern.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Möglichkeiten zur Errichtung eines Kinderspielplatzes mit Spielgeräten für die Übergangwohnheime in der Starhembergasse 17 und 19 und Laudongasse 18 und 20 zu prüfen und ihn im Interesse der BewohnerInnen und vor allem deren Kinder vor Ort umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 18. Juni 2015

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Keine Kürzung der AMS-Mittel für den (Erwachsenen)-Ausbildungsbereich

Spätestens seit 2013 muss in Österreich von einer steigenden Massenarbeitslosigkeit gesprochen werden; die Prognosen für die nächsten Jahre klingen weiter düster. Vor einer Generation (SPÖ-Regierung Kreisky) wurden die damals 33.000 Arbeitslosen von der sich in Opposition befindlichen ÖVP noch medienwirksam als „völliges politisches Versagen“ dargestellt. In heutiger Zeit regen hunderttausende beschäftigungslose Kolleginnen und Kollegen eigentlich niemanden in der SP/VP-Bundesregierung mehr wirklich auf. Offenbar vorbei die Zeiten in denen Massenarbeitslosigkeit gesellschaftspolitisch einen Skandal ersten Ranges bedeuteten, weil dies als eine Vergeudung kostbarer Produktivkräfte verstanden wurde. Erinnerung die Aussage von Bruno Kreisky dem ein paar hunderttausend Arbeitslose noch mehr schlaflose Nächte bereiten als eine staatliche „deficit-spending-Politik“.

Sicherlich, technischer Fortschritt und permanent steigende Produktivität haben neue Höhen erreicht, die Sozialpolitik hat aber nur „alibhaft“ zugunsten der arbeitenden Menschen reagiert. Wichtige, jahrzehntealte gewerkschaftliche Forderungen wie „Maschinensteuer“, weitere Arbeitszeitverkürzungen oder Besteuerung von angeordneten Überstunden, bleiben weiter Theorie.

Fast unglaublich klingen die sozialpolitischen Auswirkungen der Politik der Bundesregierung, dass – Steuerreform hin oder her – drastische Einsparungen in den AMS-Budgetmitteln des Rätsels Lösung wären. Wie diese aussehen soll? Weiteres Einkalkulieren steigender Arbeitslosenzahlen – gekürzte AMS-Budgetmittel für Auf- oder Umschulungen – mehr „Eigenverantwortung“ betroffener Menschen.

Zynisch ist die derzeitige Situation: Hunderte Trainerinnen und Trainer vieler Erwachsenenbildungseinrichtungen, deren Aufgabe es wäre, im Auftrag des AMS, Arbeitslose Menschen umzuschulen, sie neu und besser zu qualifizieren, werden nun selbst arbeitslos. Von in Österreich beschäftigten etwa 7.000 im Trainingsbereich Beschäftigten drohen in den nächsten Monaten und Jahren, mindestens weitere 1.500 ihren (nicht üppig bezahlten) Job zu verlieren.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

Dringlichen Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Grazer Gemeinderat fordert die Bundesregierung und den Nationalrat im Petitionswege dazu auf, in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit mehr Mittel für Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen

Erreicht werden soll dieses Ziel insbesondere durch folgende gesetzliche Änderungen:

- 1. Eine effizientere Nutzung bereits vorhandener Budgetmittel soll dadurch erreicht werden, dass im Bundesfinanzierungsgesetz eine Ausnahme im Sinne des § 36 Abs.5, Bundeshaushaltsgesetz betreffend Beihilfen und Maßnahmen für Personen, die das 50ste Lebensjahr vollendet haben und länger als 180 Tage beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt waren, festgelegt wird. Dadurch sollen nicht abgeholte Mittel aus diesem Titel für andere Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen den Bildungsträgern zur Verfügung stehen.**
- 2. Eine Veränderung des Aufteilungsschlüssels im § 13 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz zugunsten von sozialökonomischen Betrieben und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten soll vorgenommen werden.**
- 3. Eine Entlastung des AMS-Budgets soll durch Herausnahme der Bedeckung der Beihilfen für Kurzarbeit erreicht werden.**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Gemeinderatsitzung am 18. Juni 2015

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: 10er-Block für Grazer Bäder

Die heißen Juni-Tage bringen schon viele Grazerinnen und Grazer in Bäder der Holding Graz Freizeit. Um denjenigen, die gerne öfter schwimmen gehen würden, für die sich eine Saisonkarte jedoch nicht rentiert, günstigere Eintritte zu ermöglichen, wäre – gerade angesichts der Preisentwicklung der letzten Jahre – ein 10er-Block, vergleichbar mit dem 10-Zonen-Karte der Holding Graz Linien, eine denkbare Möglichkeit.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bürgermeister und den Beteiligungsreferenten, an die Holding Graz heranzutreten und diese zu ersuchen, ein Konzept zur Einführung eines „10er-Blocks“ für die Bäder der Holding Graz Freizeit zu erstellen.